

Volkszeitung

Nr. 50. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich früh. An den Sonntagen wird die reichhaltige „Illustrierte Beilage zur Lodzer Volkszeitung“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntage 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrifauer 109
Hof, links.
Tel. 36-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6.
Privattelefon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltete Millimeterzelle 10 Groschen, im Text die dreizehngespaltene Millimeterzelle 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinonotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzelle 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** Winzenty Ksner, Parzerzewska 16; **Bialystok:** B. Schwalbe, Stolorzyna 43; **Konstantynow:** J. W. Modrow, Duga 70; **Dzorkow:** Oswald Richter, Neustadt 505; **Radziszewice:** Julius Walty, Steniewicza 8; **Tomaszow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zdunsko-Wola:** Berthold Kluttig, Zlota 43; **Zgierz:** Edward Stranz, Rynek Kilmstiege 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hielego 20.

Polen und sein Minderheitenproblem.

Eine Unterredung der „Lodzer Volkszeitung“ mit dem bevollmächtigten Minister Leon Wasilewski.

Dünn sind vorläufig in Polen noch diejenigen am Ruder stehenden Personen gefät, die es ehrlich mit der Regelung der Minderheitenfrage in Polen meinen. Die sozialistische Arbeiterschaft ist schon längst der Ueberzeugung, daß sie die Lösung dieser Frage selbst in die Hand nehmen muß. Als am Freitag einer von jenen Personen vor der polnischen sozialistischen Arbeiterschaft über das Minderheitenproblem sprach, der diese Lösungen auf amtlichen Wege „machen“ soll, betrachtete es die „Lodzer Volkszeitung“ als ihre Pflicht, neben dem Anhören des Vortrages dem bevollmächtigten Minister Leon Wasilewski einige Fragen zu stellen. Zumal Wasilewski der polnischen sozialistischen Arbeiterschaft nahe steht. Wir fragten:

„Welchen Standpunkt nehmen Sie, Herr Minister, zur Frage der deutschen Kulturautonomie ein?“

Wasilewski: „Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß alles, wozu die Verfassung spricht, verwirklicht werden muß. Speziell hat das deutsche Volk mit seiner hohen kulturellen Entwicklung ein volles Recht darauf, eine viel breitere Autonomie zu fordern, als z. B. das kulturell weniger hoch stehende ukrainische oder weißrussische Volk. Das deutsche Schulwesen müßte der deutschen Bevölkerung ohne irgend welchen Beschränkungen in die eigene Verwaltung übergeben werden. Es ist reif genug, überreif, in dieser Beziehung selbständig zu sein und braucht nicht bemuttert zu werden.“

„Was halten Sie, Herr Minister, von der Absicht der P. P. S., ein Kulturautonomieprojekt bei Verständigung mit den deutschen Werttätigen in den Sejm einzubringen?“

Wasilewski: „Parteien mit gleicher sozialer Plattform, wie z. B. die polnischen und deutschen Sozialisten, können hierin sehr vieles machen. Ich sehe sogar keinen anderen Ausweg. Die Initiative, die Gegensätze zu beseitigen, müßte von den Sozialisten kommen. Ich stelle mir gar nicht vor, daß sie von anderer Seite kommen könnte. Sie sehen es ja an den polnisch-Danziger Beziehungen. Die Verständigung der Danziger mit unseren Sozialisten habe viel zur Beruhigung der Gemüter beigetragen.“

„Was halten Sie von der Verhaftung der Deutschen in Oberschlesien und glauben Sie, daß diese Vorfälle die Verständigungsarbeit trüben können?“

Wasilewski: „Keinesfalls. Man kann das, was dort geschehen sein soll, nicht verallgemeinern. Ich weiß es heute noch nicht, wie weit Wahrheit ist, was man liest. Eins aber ist für mich klar:

Ich sehe für die Deutschen in Polen kein Interesse darin, den polnischen Staat zu untergraben. Denn geht es dem polnischen Staat schlecht,

so kann es den in Polen lebenden Deutschen nicht gut gehen.“

„Wie schauen Sie auf die Kulturautonomie für die Juden? Wie auf das diesbezügliche Programm der jüdischen Sozialisten vom „Bund“?“

Der Minister: „Unter den Juden gibt es zu viel entgegengesetzte Meinungen. Es sind zu viel Kleinigkeiten im Wege, die, bevor man den entscheidenden Schritt machen soll, aus dem Wege geräumt werden müssen. Neben dem großen Problem der Autonomie für die Juden gibt es viele kleinere, ebenfalls wichtige Probleme zu lösen. Das Programm des „Bund“, das mir bekannt ist, scheint mir zu wenig an die Gegenwart angepaßt zu sein. Und aus diesem Grunde wird es — abgesehen vom Standpunkt der polnischen Sozialisten — auf Schwierigkeiten stoßen.“

„Und die Ukrainer und Weißrussen?“

Wasilewski: „Beide Völker müßten ihre territorialen Autonomien haben. Doch die Schwierigkeiten sind auch dabei groß. Hier liegt es an der Verschiedenartigkeit der Kulturstufe der beiden Völker. Wenn in Ostgalizien z. B. die slawische Minderheit reif für eine vollständige Autonomie ist, so ist sie es keinesfalls im Gebiet von Polesie. In Wolhynien, Polesie ist die Ausbildung des Volkes sehr ungenügend. Es fehlt an intelligenten Führern. Die tausendjährige Knechtschaft der Völker hat es mit sich gebracht, daß die Intelligenz dem Volkstum den Rücken gelehrt hat und Ukrainer wie Weißrussen darauf angewiesen sind, sich die Führer erst jetzt zu schaffen. Die urwüchsige Kraft dieser Völker ist wohl vorhanden, sie ist aber zu urwüchsig, ungenügend. Bildung. Deswegen müßten beide Völker zuerst die Verwaltung ihrer Schulen erhalten und schließlich die städtischen, dörflichen und Gemeinde-Selbstverwaltungen. Das wird Schulung sein, obwohl beiden Minderheiten die territoriale Autonomie gehört.“

„Herr Minister! Die Zeitungen berichten oft von den Sitzungen des Minderheitenkomitees, zu dem neben Ihnen die Herren Löwenherz und Zwierzynski gehören. Wie kommt es, daß die „Pat“ nichts über Ihre Arbeiten bringt.“

Sie notiert nur, daß Sitzungen stattfanden. Aus diesem Grunde ist die „Lodzer Volkszeitung“ oft gezwungen, sich über die „ewigen, ergebnislosen“ Sitzungen lustig zu halten.“

Wasilewski: „Damit tun Sie uns unrecht, denn wir haben über die Probleme selbst noch nicht gesprochen. Es waren nur Besprechungen über unsere innere Geschäftsordnung. Morgen (Sonnabend) haben wir mit den Ministern, die zum politischen Ausschuß gehören, die erste Sitzung. Morgen beginnt also unsere eigentliche Arbeit erst.“

„Haben Sie Hoffnung, in der nächsten Zeit praktische Ergebnisse zu erzielen und sie ins Leben einzuführen?“

Wasilewski: „Andernfalls würden wir nicht arbeiten.“

„Auch bei dem jetzigen Sejm?“

Wasilewski: „Nun, wir hoffen.“

„Und welche Minderheit, Herr Minister, kommt morgen auf den Operationstisch?“

Wasilewski: „Steht noch nicht fest. Wahrscheinlich allgemeine Diskussion.“

Hier dankten wir dem Minister für seine interessanten Ausführungen. Eine Minute später sprach er zu dankbaren polnischen Arbeitern über die Notwendigkeit der Regelung des Minderheitenproblems in Polen, in dem jedem Volke die Freiheit gegeben werden soll. lk.

Die erste Arbeit des Komitees.

(Von unserem Korrespondenten.)

Die politische Sektion des Ministerrats für Minderheitenfragen und Fragen der Ostgebiete hat in ihrer gestrigen Sitzung die allgemeinen Grundsätze der Staatspolitik festgesetzt, die in allernächster Zeit Beratungsgegenstand des Ministerrats sein soll.

In Sachen des Verhältnisses zur zionistischen Bewegung stellt das Komitee fest, daß die polnische Regierung dieser Bewegung sympathisch gegenübersteht sowie der Bemühung, einen nationalen Sitz der Juden in Palästina zu schaffen. Die Bewegung wird die Unterstützung der polnischen Regierung auf internationalem und polnischem Gebiet haben. Zionistische Organisationen von politischer Bedeutung unterliegen nicht der Registrierungsspflicht.

Die Abgg. Kronig und Zerbe beim Arbeitsminister

Die verzweigungsvolle Lage der Arbeiterschaft. — Unterstützungen für Kurzarbeiter. — Planlosigkeit der Industriellen und Ausichten auf Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland.

Am Freitag begaben sich die Abgeordneten Kronig und Zerbe zum Arbeitsminister, mit dem sie eine längere Konferenz über verschiedene aktuelle Angelegenheiten abhielten. Zu Beginn der Konferenz schilderte Abg. Zerbe die Vorfälle bei der Bestattung Ryhlinskis in Lodz. Minister Ziemienski hatte bereits eingehenden Bericht vom Ministerium eingefordert und erklärte, daß er ganz kategorisch auf einer strengen Untersu-

chung der Vorfälle bestehen und eine Bestrafung der Schuldigen verlangen werde.

Die Belebung in der Industrie bringt eine Schädigung der Arbeiter mit sich.

Hierauf ging Abg. Kronig zur Frage der Arbeitslosigkeit in der Industrie über. Er wies darauf hin, daß sich in letzter Zeit eine Belebung der Industrie

Internationale Regelung des Achtstundentages

Die Konferenz der europäischen Arbeitsminister. — Sabotage seitens der Unternehmerkreise.

bemerkbar mache und in einzelnen Betrieben wieder Arbeiter eingestellt werden. Diese Neueinstellung aber ist für die Arbeiterschaft mit großen Gefahren verbunden, da manche Industriellen die kritische Lage ausnützen, um den Lohn herabzusetzen und sogar versuchen, eine Erhöhung der Arbeitszeit durchzusetzen. Wenn der Arbeiter sich aber mit den schlechteren Arbeitsbedingungen nicht einverstanden erklärt, so droht ihm der Verlust der Arbeitslosenunterstützung. Zwar ist im Arbeitslosenversicherungsgesetz die Bestimmung enthalten, daß der Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit nicht gezwungen werden darf, wenn ihm schlechtere Arbeitsbedingungen, als ortsüblich sind, angeboten werden. Diese Bestimmung läßt aber weitgehendste Interpretation zu und sehr oft kommt es vor, daß die Büros des Arbeitslosenfonds in solchen Fällen die Unterstützungen verweigern, was besonders in den kleineren Ortschaften der Fall ist. Es wäre notwendig, daß der Arbeitsminister eine offizielle Erklärung abgibt, daß dies nicht statthaft ist.

Die Unterstützungen sind höher als der Lohn.

Weiterhin wies Abg. Kronig daraufhin, daß manche Betriebe die Arbeit an 2 bis 3 Tagen in der Woche aufnahmen. Der Lohn, der den Arbeitern dafür gezahlt wird, ist oft kleiner als die Unterstützung. Kein Wunder daher, wenn der Arbeiter die Arbeit ablehnt. Hier müßte ein Ausweg gefunden werden, vielleicht in der Weise, daß den Kurzarbeitern die Differenz vom Arbeitslosenfonds zugezahlt wird. Vielfach haben die Arbeiter unter Schikanen von Seiten der Unternehmer zu leiden. So wird ihnen z. B. oft sehr schlechtes Material zum Verarbeiten gegeben. Dies hält den Arbeiter von der Aufnahme der Arbeit zurück. Andererseits aber fürchtet der Arbeiter, diese schlechtbezahlte Arbeit zu verweigern, um der Unterstützung nicht verlustig zu gehen. Wie denkt sich angesichts dessen, fragte Abg. Kronig, die Regierung die Wiedereinbetriebsetzung der Industrie bei den gegenwärtigen Verhältnissen? Welche Bestimmungen sind für diese Uebergangszeit getroffen worden, damit die Wiederaufnahme der Arbeit sich reibungslos und ohne Schaden für den Arbeiter vollziehen kann?

Durchführung der Arbeiter.

Abg. Zerbe berührte im Zusammenhang damit das unerhörte Vorgehen der Unternehmer, die bei der Wiederaufnahme diejenigen früheren Arbeiter ihrer Betriebe ausschließen, die in der gewerkschaftlichen oder politischen Arbeiterbewegung tätig waren. Dies ist ein indirekter Anschlag auf die konstitutionell verbürgten staatlichen Freiheiten. Auch unterstreicht Abg. Zerbe, daß die Frage der Aufnahme der Beschäftigung durch die Arbeitslosen grundsätzlich geregelt werden müsse, da der gegenwärtige Zustand eine Demoralisation herbeiführe. Die Er schwerungen, die der Wiedererlangung der Unterstützung in den Weg gelegt werden, führen dazu, daß der Arbeiter jede zeitweilige Arbeit ablehnt. Schlechte Arbeit ist ein Grund, die Annahme der Arbeit abzulehnen.

Der Minister ging auf alle Ausführungen der Abgeordneten bereitwilligst ein. Er gab zu, daß manche Unternehmer die Taktik eingeschlagen haben, den Lohn der neu einzustellenden Arbeiter zu drücken. Das Gesetz sieht jedoch vor, daß schlechtere Arbeitsbedingungen ein Grund zur Ablehnung der Arbeit sein können. In dieser Beziehung sind bereits Direktiven an die Ämter des Arbeitslosenfonds erteilt worden. Auch sind durch die Berufungsinstanzen bereits Präzedenzfälle zugunsten der Arbeiter geschaffen worden. In manchen Fällen dagegen ist es schwer, eine Entscheidung zu treffen. Der Minister bat, ihm konkrete Fälle vorzulegen, die er einzeln entscheiden werde. Schwieriger ist die Sache der Kurzarbeiter. Der Gedanke einer teilweisen Unterstützung der Kurzarbeiter ist bereits oft erwogen worden. Eine Verwirklichung ist jedoch unmöglich, da dazu ungeheure finanzielle Mittel notwendig sind. Die Arbeitslosenunterstützung verzinslich überhaup große Summen. So sind im vergangenen Monat 7 1/2 Millionen verausgabt worden. Der Minister geht von dem Standpunkt aus, daß die ihm zur Verfügung stehenden Gelder in erster Linie an diejenigen verteilt werden müssen, die überhaupt nichts haben. Es müßte an die Saisonarbeiter gedacht werden. Auch den geistigen Arbeitern müssen Unterstützungen gezahlt werden, da die gesetzliche Unterstützung erst im Mai erfolgen kann.

Die Frage, wie die Wiederaufnahme der Arbeit zu regeln sei, ist eines der schwierigsten Probleme. Der Minister versprach, diese Frage eingehend zu untersuchen und wenn nötig, gemäß der Anregung des Abg. Kronig eine Konferenz der Arbeiterorganisationen zwecks Besprechung dieser Frage einzuberufen.

Die Aussichten für die Inbetriebsetzung der Industrie.

Abg. Kronig richtete hierauf an den Minister die Frage, welche Aussichten für die Inbetriebsetzung der Industrie vorhanden seien und ob die Industriellen ihrerseits konkrete Vorschläge in dieser Beziehung gemacht hätten.

Planlosigkeit der Industriellen.

Der Minister: „Die gegenwärtige Belegung in der Industrie ist auf den Beginn der Saison zurückzuführen. Wahrscheinlich wird sie aber nicht länger als zwei Monate anhalten. Für die spätere Zeit kom-

Im englischen Unterhause sagte in Erwiderung auf Anfragen der Arbeitsminister, für die Konferenz europäischer Arbeitsminister betr. die Arbeitszeit sei der 15. März vorgeschlagen worden. Der einzige Grund dafür, daß nur eine beschränkte Zahl von Ländern eingeladen wurde, sei, daß die beste Aussicht auf Erfolg bestehe, wenn zunächst nur eine Vereinbarung zwischen den wichtigsten in Frage kommenden Ländern erreicht werde.

Noch ist die Konferenz in London nicht zusammengetreten, da beginnt die Rechtsprelle bereits ihre Hege gegen die internationale Regelung der Arbeitszeit. Man stellt die Dinge so hin, als ob man Deutschland in London einen Strich um den Hals legen wolle, erklärt, die Widerstände gegen die internationale Regelung der Arbeitszeit beständen heute noch mehr zu Recht als früher, da sich Deutschland in einem beispiellosen Verfall seiner Wirtschaft befinde und unmöglich Bindungen eingehen könne, die ihm jede Freiheit in der Entfaltung und Verwertung seiner Arbeitskraft nehmen würden.

England will möglichst scharfe Bindungen zur

men die Perspektiven mit Rußland in Betracht. Die Regelung der Handelsbeziehungen mit Rußland schreitet vorwärts. Die Sowjetregierung hat die Handelsvertragsverhandlungen offiziell beantragt. Unsere Regierung ist darauf eingegangen, und es ist mit einem baldigen Beginn zu rechnen. Die Textilindustriellen zeigen eine ganz unverstänliche Passivität. Sie haben ihrerseits nichts getan und sich zu keinem konkreten Plan aufgeschungen, um die Industrie in Gang zu bringen. Sie verstehen nichts weiter, als von der Regierung Bestellungen zu verlangen. Die Bestellungen der Regierung sind aber in diesem Jahre bedeutend kleiner als früher, da meine Partei ja selbst eine Reduzierung des Militärbudgets verlangt und durchgeführt hat.

Hilfe für Demobilisierte.

Abg. Kronig berührte hierauf noch die Frage der Unterstützung derjenigen Arbeitslosen, die vom Militärdienst entlassen wurden. Der Minister erklärte, daß er hierin nichts tun könne, da jede gesetzliche Grundlage fehle. Das einzige, was er tun konnte, war die Einbeziehung der Militärentlassenen in die Lebensmittelunterstützungen, da der Arbeitsminister hierüber allein zu entscheiden hat.

Ärztliche Hilfe für die Arbeitslosen.

Auf die weitere Frage des Abgeordneten, wie weit die Versicherung der Arbeitslosen in der Krankenkasse gediehen sei, antwortete der Minister, daß die Erteilung ärztlicher Hilfe an arbeitslose Kranke gemeinsam mit den Selbstverwaltungen geregelt wird.

Die trostlose Lage der Arbeitsinvaliden.

Abg. E. Zerbe berührte die Lage der Arbeitsinvaliden, d. h. derjenigen Arbeiter, die bei der Ausübung ihrer Arbeitsfunktionen einen Teil ihrer Arbeitsfähigkeit verloren haben. Viele dieser Arbeitsinvaliden sind in sehr kritischer Lage. Für die Unfälle bei der Arbeit verpflichtet bis zum Mai 1924 in Kongresspolen das russische Gesetz vom Jahre 1903, das dann durch das österreichische Versicherungsgesetz für Arbeitsunfälle ersetzt wurde. Dadurch entstanden Unregelmäßigkeiten in der Erledigung der Unfälle bei der Arbeit. Es wäre notwendig, die für die Arbeitsinvaliden entstandenen Nachteile aus der Welt zu schaffen. Darauf erwiderte der Minister, daß ein diesbezügliches Gesetz bereits in der Bearbeitung sei und bald im Sejm eingebracht werden wird. Was die Versicherungsanstalt in Lemberg betrifft, so sei bereits im Ministerium beschlossen worden, den Sitz derselben nach Warschau zu übertragen. Die sich als notwendig erweisenden Abteilungen müssen im Lande eingerichtet werden. Auch wird an eine Neugruppierung im Verwaltungsrat in Bezug auf Teilnahme der Versicherten gedacht.

Abg. Zerbe erkundigte sich hierauf nach der Stellungnahme des Ministers zu dem von Abgeordneten beabsichtigten Antrag der Gleichstellung der Arbeitsinvaliden bei der Anstellung in Betrieben. Eine Regierungsverordnung auf Grund des Kriegsinvalidengesetzes verpflichtet nämlich die Unternehmer zur Annahme eines schwer beschädigten Kriegsinvaliden auf je 50 beschäftigter Arbeiter. Nach Ansicht des Ministers läßt sich die Gleichstellung nur durch ein Sejmgesetz erreichen. Zu den vielen noch von dem Abgeordneten vorgebrachten Wünschen der Arbeitsinvaliden nahm der Minister eine günstige Stellung ein und erbat sich die schriftliche Konkretisierung, damit die entsprechenden Ministerialreferenten dieselben bei den in Ausarbeitung befindlichen Gesetzesentwürfen Berücksichtigung finden. Einige Wünsche der Arbeitsinvaliden fallen aber in die Kompetenz der Selbstverwaltungen. Leider, und hauptsächlich in Sachen der sozialen Fürsorge, haben wir nur Rahmengesetze, in der erst der Inhalt hineingebracht werden muß. Die finanziellen Mittel des Ministeriums für die soziale Fürsorge sind sehr gering. Die Selbstverwaltungen müssen stärker herangezogen werden.

Eindämmung der ihm unbequemen Konkurrenz in Europa und der englische Arbeiter hat ein sehr starkes Interesse daran, daß auch die überseeische, auf der Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Völker beruhende Konkurrenz eingedämmt wird. Der Ausgleich zwischen Bindung und Elastizität in der Arbeitszeitregelung wird in London zweifellos viel Kopfzerbrechen machen. Man wird zunächst einmal eine klare internationale Präzisierung der Arbeitszeitbegriffe schaffen müssen und dann auch die übrigen ins Gewicht fallenden Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern hinsichtlich des natürlichen Reichtums, des Arbeitstempos, der Verkehrswege und dergleichen doch nicht ganz außer Acht lassen können.

Schwierigkeiten sind genug zu überwinden. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wer Locarno will, muß eine europäische Sozialpolitik wollen. Wer Locarno nicht will, wer keine Einigung Europas, wer keine Verständigung unter den Völkern herbeiführt, dem ist natürlich eine internationale Regelung der Arbeitszeit ein Dorn im Auge.

Konferenz der P. P. S. und der D. S. U. P.

Am 3. März findet in Łódz eine Konferenz der Polnischen Sozialistischen Partei und der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens statt. Die Konferenz ist der Besprechung der Beziehungen zwischen beiden Parteien gewidmet. Von Seiten des Zentralkomitees der P. P. S. nehmen die Abgeordneten Niedzialkowski, Sulawski und Szczerkowski sowie ein Vertreter Ober-Schlesiens teil.

Ein Parteitag des Nationalen Volksverbandes.

(Von unserem Korrespondenten.)

Gestern wurde in Warschau die Tagung des Nationalen Volksverbandes eröffnet. Das politische Referat hielt der Klubvorsitzende Glombinski, ein zweites Roman Dmowski, der besonders in wirtschaftlicher Beziehung eine Reihe von Anträgen stellte. In der Diskussion sprach Abg. Wierzbicki über die Räte der Großindustrie in Polen. Minister Jdzichowski sprach gleichfalls und zwar über die finanzielle Lage des Landes und erteilte Erklärungen. Nachmittags berieten die Kommissionen. Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Die Krise im jüdischen Klub.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Die Kandidatur Dr. Rosenblatts zum Klubvorsitzenden ist unaktuell geworden. Gegenwärtig schlagen die Zionisten die Kandidatur des Abg. Hartglas vor. Die Angelegenheit kommt im Zionsrat in den nächsten Tagen zur Besprechung.

Das Urteil gegen Muraszko bestätigt.

(Von unserem Korrespondenten.)

Das Wilnaer Bezirksgericht verhandelte gestern früh im Appellationsverfahren gegen den Mörder Baginski und Wiczorkiewicz, den Oberpolizisten Muraszko. Nach anderthalbstündigen Beratungen wurde das Urteil des Bezirksgerichts in Nowogrudek bestätigt. Das Urteil lautete bekanntlich auf zwei Jahre Gefängnis.

Arbeitskonventionen.

(Von unserem Korrespondenten.)

Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge hat an den Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Genf einen Rapport abgesandt über die Annahme von internationalen Arbeitskonventionen durch Polen.

Die Bodenreform.

(Von unserem Korrespondenten.)

Das Bodenreformministerium hat gestern mit der Verteilung von Anstiedlungsakten an die Militäranfiedler begonnen. Welche Gebiete in erster Reihe aufgeteilt werden, steht noch nicht fest.

Der Bisping-Prozess.

Der vorgestrige Verhandlungstag brachte sehr wenig Neues. Gleich zu Beginn sprach sich das Gericht gegen eine Berufung von weiteren Zeugen aus. Verteidiger Bittner griff in heftiger Weise die Sachverständigen an, die nach seiner Meinung nicht endgültig feststellen konnten, ob die dem Fürsten beigebrachten Verletzungen von einem stumpfen Gegenstand herrühren.

Die Hef...
Mar...
Die De...
mit erhöh...
allen gegen...
lieferung ver...
deutschen Vol...
den Polen n...
organisation...
gegen Ca...
Kommission...
Parteilichkei...
Der...
Währe...
essen haben...
des öfere...
dan ihrer...
leben. So...
bedient n...
einzelne Job...
kann. Also...
1. Dizbid...
umlauf...
2. Direk...
Finanz...
3. Regier...
Sparkass...
4. Vorst...
Polst...
5. Haupt...
6. Liquid...
7. Mitgl...
8. Mitgl...
Wie a...
nebeneinand...
Amerika...
Der an...
den Heeres...
Staaten jäh...
ziere. — Po...
nischen Bev...
leistet sich...
(270 000...
Die p...
über die For...
die Hälfte...
Der...
Die an...
daß keine...
während de...
den Völk...
würde sich...
einem weite...
am die Auf...
Das...
sich gegen...
Die engl...
miniums...
Schwebens...
einen länd...
will jedoch...
Ein...
Zur...
Der...
festen ab...
treter der...
des verha...
peller F...
Einem...
glaube, da...
passio bet...
Wahl...
Bei...
der Kandi...
mit einer...
Konserbati...
5400 gegen...
ten Darlin...
Der...
Im...
Spionage...
bellagt sin...
gemacht, d...

Die Heze gegen die Deutschen in Oberschlesien.

Man hezt auch gegen Calonder.

Die Deutschenheze in Polnisch-Oberschlesien wird mit erhöhter Schärfe fortgesetzt. Sie wendet sich vor allem gegen den Abgeordneten Ustj, dessen Auslieferung verlangt wird. Ustj ist Geschäftsführer des deutschen Volksbundes in Kattowitz. Es wird ihm von den Polen nachgesagt daß er der Leiter der „Spionageorganisation“ ist. Jetzt hat auch eine lebhaft Heze gegen Calonder, den Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, eingezogen. Man wirft ihm Parteilichkeit vor, was absolut unzutreffend ist.

Die Futterkrippe.

Der Mann mit den acht Pöstchen.

Während Hunderttausende in Polen nichts zu essen haben, gibt es, wie wir in der „Volkszeitung“ des öfteren nachgewiesen haben, genug Leute, die dank ihrer Verbindungen wie die Maden im Speck leben. So auch ein gewisser Herr Lipinski. Er verdient nämlich an acht Stellen, wobei fast jede einzelne soviel abwirft, daß man davon bon leben kann. Also Herrn Lipinski's Ämter sind:

1. Vizedirektor des Departements für den Geldumlauf beim Finanzministerium,
 2. Direktor der Abteilung für Anleihen beim Finanzministerium,
 3. Regierungskommissar bei der PKO (Postsparkasse),
 4. Vorsitzender der Revisionskommission der Bank Polki,
 5. Hauptbuchhalter beim Magistrat Warschau,
 6. Liquidator der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa,
 7. Mitglied der Revisionskommission des Arbeitslohsfonds,
 8. Mitglied des Aufsichtsrats der „Guzohan“.
- Wie gut muß der Mann die einzelnen Posten nebeneinander ausfüllen, wie gut muß er verdienen!

Polen und Amerika.

Amerika hat noch nicht einmal die Hälfte der polnischen Armeestärke.

Der amerikanische Kongreß hat am 13. ds. Mts. den Heeresetat genehmigt. Die Armee der Vereinigten Staaten zählt jetzt nur 118 582 Mann und 11 749 Offiziere. — Polen zählt nur einen Bruchteil der amerikanischen Bevölkerung, ist außerdem stark verschuldet und leidet sich eine mehr als doppelt starke Armee (270 000 Mann.)

Die polnischen Nationalisten jammern da noch über die Forderungen der Sozialisten, das Militär um die Hälfte zu reduzieren.

Der Kampf um die Völkerbundstige.

Die englische „Times“ bemerkt in einem Zeitartikel, daß keine Rede davon sein könne, daß neben Deutschland während der Märztagung noch ein anderer Staat in den Völkerbund aufgenommen werden würde. Schweden würde sich auf alle Fälle energisch widersetzen, jetzt noch einen weiteren Staat einen Sitz zu gewähren. Schritte um die Aufnahme Polens müssen verschoben werden.

Das Korrespondenzbüro meldet, daß auch England sich gegen die Aufnahme Polens ausgesprochen habe. Die englische Entscheidung haben beeinflusst: Die Dominions, das Volk und der entschiedene Standpunkt Schwedens, das die französische Proposition, Polen einen künftigen Sitz zu erteilen, abgelehnt hat. Briand will jedoch weitere Schritte unternehmen.

Ein französischer Polizeichef in Berlin.

Zur Vernehmung des Franken-Schulze.

Der französische Polizeikommissar Doucet ist gestern abend in Berlin eingetroffen, um als Vertreter der Pariser Polizei der weiteren Vernehmung des verhafteten Arthur Schulze, der in die Buda-pesther Fälscheraffäre verwickelt ist, beizuwohnen. Einem Vertreter des „Matin“ erklärte Doucet, er glaube, daß Schulze an der Affäre nur ziemlich passiv beteiligt gewesen sei.

Wahlsieg der Labour Party.

Bei den Ersatzwahlen in Darlington wurde der Kandidat der Labour Party A. L. Sheperd mit einer Mehrheit von 329 Stimmen gegen die Konservativen und mit einer Stimmenmehrheit von 540 gegen die Liberalen gewählt. Bisher beherrschten Darlington die Konservativen.

Der Petersburger Spionageprozess.

Im Prozeß gegen die 48 Personen, die der Spionage in englischem und östlichem Golde angeklagt sind, haben einige Angeklagte Aussagen gemacht, die sehr phantastisch klingen. So soll z. B.

England angeblich „bedeutende Summen“ für Sprengungen und Zerstörung Sowjetrussischer Brücken, Arsenalen usw. ausgeworfen haben; in Rebal soll nicht nur eine englische, sondern auch eine russische monarchistische Spionagezentrale bestehen, um Nachrichten über die rote Armee, die Grenzbeobachtung usw. zu sammeln. Der Leiter der letzteren, ein angeblich in enger Fühlung mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch stehender General Wassilkowski hätte nach Aussagen eines Angeklagten den Ausdruck getan, daß die ganze Spionagetätigkeit der Östen ebenso sinnlos sei wie ihre Rüstungen, denn „ein Duzend Flieger der roten Armee könnte Rebal ohne weiteres in einen Trümmerhaufen verwandeln“.

Der Eremit.

Der italienische Patriot und Poet Gabriele d'Annunzio hat sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen. Er beschreibe seine neue Wandlung ins Eremitische wie folgt:

„Ich bin zu meiner Frau zurückgekehrt, von der ich mich zu einer Zeit getrennt habe, da ich der meistbesprochene Romeo der Welt war. Ich kehre gedemütigt und reuevoll zurück, um Verzeihung bittend. Ich bin beschämt, weil ich mich auf der Höhe meines Ruhmes mit Frauen eingelassen habe. Statt ein ehrbares Leben zu führen, habe ich mein Genie und meine Tatkraft zu Liebeshändeln mißbraucht... Die Welt möge nun erfahren, daß der „Dichter-Liebhaber“, der so viel sündige Liebe gefostet hat, die Liebe hohl und ohne Ehre fand. Vergessens versuchte ich zwei Jahre lang als Eremit Buße zu tun. Nun hat mein Sohn eine Veröhnung zwischen mir und meiner Frau zustande gebracht. Ich war grausam, als ich jung war... Eleonore Duse, die größte Tragödin aller Zeiten, liebte mich... Eine innere Stimme sagte mir: „D'Annunzio, suche Vergebung!“ „Von wem?“ fragte ich zurück. „Duse ist ja tot!“ „Die Verzeihung deiner Frau!“ lautete die Stimme. Da hat ich meine Frau um Vergebung, und nun habe ich meine Seelenruhe wieder.“

Seine Zerknirschung hat den Eremiten aber nicht gehindert, wie er triumphierend an Mussolini telegraphierte, zur Feier der Brennerrede dieses anderen Narren von seiner Eremitenlaufe, die eine noble Villa ist, einundzwanzig Völkerschüsse abzufeuern.

Vokales.

Zu den Mittwochsvorfällen in Lodz.

Unser Berichterstatter interviewte gestern den Vorsitzenden der Lodzger Organisation der P. P. S., Dr. Weißberg, sowie den Stadtverordneten Kapalski über die Ereignisse am Mittwoch.

Die beiden Parteiführer bestätigten, daß Dr. Weißberg in Gegenwart einiger Mitglieder der Verwaltung der Klassenverbände, wie Danielewicz, Napieralski, Stw. Milman, Regierungskommissar Izycki befragte, ob er weiß, durch welche Straßen der Trauerzug ziehen werde. Regierungskommissar Izycki antwortete, daß die Beerdigungskommission der Familie die Grabkosten zurückerstattet und einen Grabplatz auf dem alten Friedhofe gekauft habe, was beweist, daß die Kommission durch die Stadt ziehen will. „Wahrscheinlich“, sagte der Regierungskommissar, „werde der Zug durch die Petritauer Straße ziehen.“

Weiter wiesen Dr. Weißberg und Stw. Kapalski darauf hin, daß es nicht schwer gewesen ist, zu erfahren, wer die Beerdigungskommission sei, da doch das Todesplakat der Presseabteilung des Regierungskommissariats unterbreitet wurde. Beide Parteiführer protestieren gegen die Behauptung, daß an der Spitze des Zuges ein kommunistisches Banner getragen wurde und stellen fest, daß die Spitze die Fahne der früheren politischen Häftlinge bildete und um diese herum scharten sich gegen 50 Frauen im Alter von 40—50 Jahren, denen keine „Revolutionsmacherel“ zugetraut werden konnte.

Was das Verhalten der Polizei betrifft, so wurde das greise Mitglied des Klassenverbandes Lamprecht an der Stirn verwundet und der ebenfalls greise Gewerkschaftler Izybert geschlagen. Der letztere wurde von drei berittenen Polizisten bedrängt.

Was die Intervention der P. P. S. in Warschau betrifft, so begibt sich eine Delegation der Lodzger Organisationen am Montag nach Warschau, die den dortigen Parteibehörden Anträge unterbreiten wird, die die Gewährung einer Genugtuung bezwecken.

Die Poznanski'sche Fabrik arbeitet gegenwärtig Sommerwaren auf Lager. Sie beschäftigt 225 Weberinnen. Die Firma hofft, im März voll arbeiten zu können. (b)

Vor einem Kellnerstreit. Bei Arbeitsinspektor Wojtkiewicz fand eine Konferenz zwischen den Restaurateuren und Kellnern statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führte. Die Kellner erklärten, daß sie zum 22. Februar in den Streit treten werden, wenn die Restaurateure ihren Standpunkt nicht ändern. (b)

Die Arbeitslosigkeit in Lodz. Zum 20. Februar 1. J. waren in Lodz 63 950 Personen arbeitslos, von denen 48 132 Unterstützungen erhielten. In der betreffenden Woche haben 830 Arbeiter die Beschäftigung verloren. Arbeit erhielten 1180 Arbeiter.

Und Lodz? Gestern konferierte der Magistrat der Stadt Warschau mit dem Minister für öffentliche Arbeiten und forderte Kredite, um mehr als bisher Arbeitslose beschäftigen zu können. Barlicki versprach, die Bemühungen zu unterstützen. Bisher beschäftigte die Warschauer Stadtverwaltung 4000 Arbeitslose.

Sowjetrussische Bestellungen für die Widzower Manufaktur. Wie wir erfahren, hat die Widzower Manufaktur Bestellungen aus Sowjetrußland erhalten. Im Zusammenhange damit sollen 60 000 Spindeln in Betrieb gesetzt werden, wobei einige hundert Arbeiter Beschäftigung erhalten sollen. (b)

Speisesaal für arbeitslose Intelligenz. Gestern wurde im Sienkiewicz-Park eine Speisehalle für arbeitslose Geistesarbeiter eröffnet, in der im Laufe von drei Stunden tausend Personen Mittagessen verabfolgt werden können. Das bisherige Lokal an der Petritauer Straße 92 erwies sich dafür als zu klein.

Die unparteiischen Verbände, die von dem früheren Sekretär des Klassenverbandes, Latkowski, geführt wurden, haben einen Rat der Verbände in der Petritauer Straße 73 gebildet. Da dieser Rat keine Legalisierung erhalten hat, wurden die Lokalfunktionen desselben geschlossen. (a)

Die Schließung der Kinos. In einer Konferenz der Kinobesitzer mit dem Magistrat wurde beschlossen, die Bücher der Kinos zu prüfen, um an Hand dieses Materials eine neue Konferenz durchzuführen. Die Warschauer Kinos haben beschlossen, sich zugunsten der Lodzger Kinobesitzer in der Höhe von 15 000 Zloty zu besteuern. Also die schönste Internationale. (o)

Die Zuschlagsmietzahlungen. Der Mieterverein weist darauf hin, daß vom 1. Januar 1. J. für Bierzimmerwohnungen neben der Miete nur für den Gebrauch des Lifts, Zentralheizung und Wasserbesorgung Zuschlagszahlung geleistet werden braucht. Andere Zahlungen, für Müllausfuhr, Treppenbeleuchtung, Wohnung des Wärters, Kamintehren usw. kommen in Wegfall. Diese Ausgaben werden noch für alle diese Wohnungen gezahlt, die noch nicht 50 Prozent der Vorkriegsmiete erreicht haben. Inzwischen kamen viele Hausbesitzer auf Gedanken, alle Ausgaben den anderen Mietern aufzulegen, die noch nicht 50 Prozent der Vorkriegsmiete zahlen. Dies ist falsch, worauf der Verein aufmerksam macht. (b)

Die Wojewodschaft wird nach dem Poznanski-Palais übertragen. Bekanntlich hat das Finanzministerium das Haus von Poznanski an der Drogowastraße Nr. 28 käuflich erworben. In der nächsten Zeit sollen die Ämter des Finanzamtes nach dem neu erworbenen Hause übertragen werden. Infolge der Räumung des Poznanski'schen Palais an der Drogowastraße durch das Finanzamt, hat der Wojewode Schritte unternommen, um das Palais als Sitz der Wojewodschaft zu erlangen, da das Hotel an der Zawadzkastraße den Bedürfnissen nicht entspricht. Der Wojewode hat unlängst Verhandlungen angeknüpft, um das Poznanski'sche Palais für die Wojewodschaft zu mieten. Die Aktiengesellschaft S. K. Poznanski erklärte sich damit einverstanden. Gegenwärtig werden bereits Reparaturen und Reparaturen vorgenommen. Die Arbeiten werden im Mai beendet, so daß nach diesem Termin die Ueberführung der Wojewodschaft erfolgen wird. (b)

Eine neue Kontrolle der Stadtwirtschaft. Wie wir erfahren, wird das Wojewodschaftsamt nach der Prüfung des Budgets der Stadt Lodz, die gegenwärtig vorgenommen wird, eine genaue Prüfung der Gesamtwirtschaft vornehmen, besonders der Besoldung der Beamtenchaft. (b)

Waffenheine. Der Endtermin zur Einreichung von Gesuchen zur Erteilung von Genehmigungen für Waffenheine wurde auf den 28. Februar 1. J. festgesetzt. (o)

Beschlagnahme von geschmuggeltem Tabak. Gestern wurden von der Polizei Haussuchungen nach geschmuggeltem Tabak bei nachstehenden Personen durchgeführt: Wladyslaw Pokonski, Kruczajstraße 16, Josef Potraski, Pienknastraße 19, Zygmunt Rybak, Radwanskastraße 15, Adam Kut, Rolicinskastraße 10, und Kazimierz Kulikowski, Czenstochowkastraße 21. Im ganzen wurden 20 Kilogramm Tabak beschlagnahmt. Die obenerwähnten Personen werden zur Verantwortung gezogen werden. (t)

Ein hereingefallener Hausbesitzer und ein betrügerischer Mieter. Der Eigentümer des Hauses Juliusstraße 20 meldete der Polizei, daß er dem Einwohner Karol Gruszczynski 800 Zloty gegeben habe, wofür dieser sich verpflichtet hatte, bis zu einem gewissen Termin die Wohnung zu räumen. Als der Termin verstrichen war und Gruszczynski keine Anstalten machte, die Wohnung zu räumen, wurde es dem geschäftstüchtigen Hausbesitzer lange um die schönen 800 Zloty. Er begab sich daher zu Gruszczynski und forderte von ihm die Rückgabe des Geldes. Doch dieser leugnete, Geld erhalten zu haben. Dem Hausbesitzer blieb nichts weiter übrig, als den Vorfall zur polizeilichen Anmeldung zu bringen. (t)

Ein 12-jähriger Knabe als Weltwanderer. Vor ungefähr zwei Wochen hat der 12-jährige Josef Kofoto sein Elternhaus in Wielun verlassen, um, wie er auf einem Zettel niederschrieb, eine Wanderung durch ganz Polen zu machen. Die besorgten Eltern benachrichtigten die Polizei von Wielun vom Verschwinden des unternehmungslustigen Knaben, die ihrerseits alle Polizeistellen des Landes davon in Kenntnis setzte. Auf diese Weise gelang es gestern der Lodzger Polizei, den

Knaben in einer der Straßen der Stadt festzunehmen und nach Wielun zurückzuführen.

Wegen Fälschung einer Akte auf den Namen Piotr Halaszko, wurde ein gewisser Jngmunt Furmaniak, wohnhaft in der Nowo-Zarzewskastraße 21, zur Verantwortung gezogen.

Bei der Arbeit verunglückt ist auf dem Bahnhofs-Lodz-Kalisch der Eisenbahnarbeiter Stanislaw Solembiowski, dem eine schwere Pumpe auf die Hand fiel, ihm einige Finger zerschmetternd.

Ein betrügerischer Angestellter. Der Angestellte der Versicherungsgesellschaft „Port“, Petrikauer Straße 118, Henryk Konieczniak, beging eine Reihe von Betrügereien, durch die die Gesellschaft um 650 Zloty geschädigt wurde.

Schnaps macht nicht Aug. Im Juli v. J. erschien in der Alexanderstraße ein sonderbarer Passant. In Tuchpantoffeln und Unterhose spazierte er einher, in der Hand einen Regenschirm haltend, obwohl der Tag heiß und der Himmel wolkenlos war.

Diebstähle. Aus dem Fabriklager von Julius Kindermann, Lontowastraße 23, wurden 4 Stück Ware im Werte von 1200 Zl. gestohlen. Ein dreifacher Einbruchdiebstahl wurde in das Spirituosengeschäft in der Kilinskastraße 164 verübt, das einer gewissen Wanda Lewandowski gehört.

Theateraufführung im Christlichen Commisverein. Die dramatische Sektion des Christlichen Commisvereins beabsichtigt in der nächsten Zeit unserer Lodzer deutschen Gesellschaft eine Reihe von Theateraufführungen zu geben.

Vom Christlichen Commisverein. Am Donnerstag, den 25. Februar, hält Herr Hans Freudenhal die dritte Fortsetzung seines Vortrages über „Soziologie“.

Spende. Der Frauenverein der St. Trinitatisgemeinde spendete vom Reinertrog des am vergangenen Sonntag stattgefundenen Familienfestes 500 Zloty für die Kinderhilfe und 100 Zloty für den gemischten Chor der Gemeinde zur Kräftigung seiner finanziellen Lage.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens Ortsgruppe Zyrardow.

Heute, Sonntag, den 21. Februar, nachmittags punkt 1 Uhr, findet im Dom Ludowy eine öffentliche Versammlung statt.

Referent: Stv. Reinhold Klim. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.

12. Staatslotterie. 5. Klasse. — 14. Tag. (Ohne Gewähr).

- 10 000 Zl. auf Nr. 10464. 5000 Zl. auf Nr. 44393. 3000 Zl. auf Nr. 56279. 2000 Zl. auf Nr. Nr. 24814 59252. 1000 Zl. auf Nr. Nr. 25396 50869. 600 Zl. auf Nr. Nr. 5643 13539 14207 20671. 25855 31892 38817 42430 43785 56126. 500 Zl. auf Nr. Nr. 3884 8913 12101 12641. 16849 20718 21625 23733 25697 27720 32656 34480 35912 36412 37832 38863 45013 55000 59486.

Kalisch. Zu den letzten Vorfällen. Nachdem die Untersuchung beendet wurde, hat das Innenministerium den Kommissar der Kreispolizei Staczewski und den Kommissar Durkaltas ihrer Ämter enthoben.

Kurze Nachrichten.

Ueberschwemmung in Deutschland. Infolge der letzten Regengüsse ist der Main, die Maas und der Rhein aus den Ufern getreten, wodurch Ueberschwemmungen eintreten.

Polen hat noch keinen Henker. Der „Kurjer Lwowski“ teilte dieser Tage mit, daß vom 1. April d. J. ab sämtliche Todesurteile im ganzen Staate durch einen besonderen Henker vollstreckt werden sollen, dessen Sitz Lemberg sein soll.

Der Papst gegen die jetzige Frauenmode. Der Papst empfing die Fastenprediger der Stadt Rom und hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in welcher er besonders die jetzige Frauenmode tadelte, an der auch die Männer mit schuld hätten.

Scheidungstragödie. In Berlin wurde die 40-jährige Konfitürenhändlerin Blatzfeld, ihre 14-jährige Tochter und ihr 11-jähriger Sohn durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Die Frau, die mit ihrem Mann in Scheidung lebt, hat sich mit ihren Kindern das Leben genommen, weil sie die dauernden Aufregungen des Prozesses nicht länger ertragen wollte.

Die Frau eines englischen Kommandeurs ermordet. Die Frau des englischen Kommandeurs der Eingeborenenarmee im Staate Baroda soll durch Räuber, die in der Provinz ihr Unwesen treiben, ermordet worden sein.

Den Kopf glatt vom Rumpfe getrennt. In Luxemburg ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen einem Lastauto und einem Personenzug. Das Auto wurde vom Zuge erfasst und vollständig zertrümmert.

transportiert. Einem Begleiter des Chauffeurs wurde der Kopf glatt vom Rumpfe getrennt. Der schuldtragende Bahnwächter, der den Schranken offengelassen hatte, wurde verhaftet.

Einen Inspektor im Zorn erschlagen. Auf dem Rittergut Gossow bei Barwalde in der Neumark verweigerte eine polnische Schmittlerin, die in einem Schuppen Kunstbänder hochschleppen sollte, die Arbeit.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens. Ortsgruppe Lodz-Süd, Suwalza-Straße Nr. 1.

Sprechstunden des Schriftführers Casar Schmidt in Kranken-, Arbeitslosenunterstützungs- und Parteianglegenheiten finden jeden Montag zwischen 7—8 Uhr abends statt.

Ortsgruppe Zgierz.

Heute, Sonntag, den 21. Februar, punkt 3 Uhr nachmittags, findet im Parteilokale, Aljeja 3. Maja 32,

eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Hauptvorstand wird durch Genossen Gubaszewski vertreten sein. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet der Vorstand.

Warschauer Börse.

Table with exchange rates for various currencies (Dollars, Belgien, Holland, London, Neuyork, Paris, Prag, Zürich, Wien, Italien) for 19. Februar and 20. Februar.

Züricher Börse.

Table with exchange rates for various cities (Warschau, Paris, London, Neuyork, Belgien, Italien, Berlin) for 19. Februar and 20. Februar.

Auslandsnotierungen des Zloty.

Table with international Zloty exchange rates for Berlin, Riga, London, Danzig, and Auszahlung auf Warschau.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. L. Rut. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauerstraße 109.



Christlicher Commisverein. i. g. U., Aljeja Roscinska 21. Telefon 32-00.

Am Sonnabend, den 27. Februar, um punkt 8.15 Uhr abends, wird seitens der dramatischen Sektion des Vereins das Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg in 3 Akten

„Im weißen Rössl“ zur Aufführung gebracht, wozu höflich einladet Die Verwaltung.

Kirchlicher Anzeiger.

St. Matthäuskirche. Am Freitag, den 26. Februar d. J., finden im St. Matthäusaal 2 Passionsgottesdienste statt: der erste, vormittags 10 Uhr, Pastor Dietrich; der zweite, abends 8 Uhr, Pastor Doberstein.

Dabrowa. Mittwoch, den 24. Februar, im Dabrowaer Kantorat, abends 7/8 Uhr, Passionsgottesdienst, Pastor Dietrich.

St. Johanniskirche. Ev.-luth. Frauenverein der St. Johanniskirche (Nawrot) Vortrag: nachmittags für aktive und passive Mitglieder, Gäste und Jugend: „Der Kampf um das Evangelium in den Niederlanden“, Pastor Dietrich.

Heilanstalt für kommende Kranke

„SALUS“ von Ärzten-Spezialisten und Zahnärztliches Kabinett. Glówna 41. Konsultation 3 Zl. Geburthilfe.

Ein Lokal

bestehend aus 10—15 Zimmern (Tramverbindung Bedingung) sucht der Kreisverband der Krankenkassen in Lodz. Offerten können bis Ende dsk. Mts. im Sekretariat des Verbandes, Pomorskastraße 18, eingereicht werden. Vermittlung verboten. 1469

Advertisement for furniture and bicycles. Text: „Zu günstigen Bedingungen! Metallbettstellen, Rindersportwagen, Draht- und Polstermatrassen, Waschtische. sind erhältlich in der Firma „Dobropol“, Lodz, Petrikauer Str. 73, im Hofe.“ Includes images of a bed and a bicycle.

Miejski Kinematograf Oświatowy.

Dziś i dni następnych: „Odrodzona Polska“ Wielki obraz narodowy w 8 częściach. Początek dla młodzieży o godz. 3 i 5 popoł., dla dorosłych o godz. 6 30 i 8 30 wiecz.

Sucht werden 2—3 eheliche und verlässliche Vertreter (Reisende). Heeren, welche gereist oder reisen werden, bevorzugt. Ebenso eine Kautions von 100—150 Zl. ist erwünscht, doch nicht Bedingung. Anfragen zu jeder Tageszeit. Malarz Portretów T. Hoffmann, Łódź, Lipowa 64, m. 16. 1455

Der Weg über den Brenner.

Faschistische Kinderei und Alterserscheinungen.

Unter den Studenten der Staatswissenschaften der römischen Universität hat sich eine Verbindung gebildet, die sich selbst den Namen einer „imperialistischen Burschenschaft“ beigelegt hat. Als Studentenmütze für die „Fakultät der Staatswissenschaften“ wird die schwarze Mütze mit dem römischen Adler und dem Littorenbündel eingeführt, ohne Rücksicht auf diejenigen Studierenden, die sich etwa unter diesem Parteiabzeichen nicht wohl fühlen könnten. In dem offiziellen Kommuniqué über die Neugründung ist zu lesen:

„Die neue imperialistische Burschenschaft wird ein wunderbares Beispiel der Disziplin und Selbstaufopferung sein. Ehe wir offiziell den faschistischen Staat unter den fremden Nationen vertreten, werden wir jungen und kräftigen Kämpfer der Studentenphalanx in jedem Sommer, nach Vollbringung unserer Pflichten an der Hochschule, die heiligen Grenzen überschreiten um für einige Monate, fern von unseren Bergen und unserem Meer, unsere Pflicht als Faschisten zu erfüllen.“

Wenn man sich bei diesem Programm etwas denken kann — was freilich bei faschistischen Programmen nicht obligatorisch ist —, so soll es doch wohl bedeuten, daß die jungen Leute ihre Ferien im Ausland verleben werden, um da faschistische Werbearbeit zu vollbringen. Das kann eine sehr harmlose Betätigung werden. Bisherige Versuche im Ausland, namentlich in der Schweiz (man denke an Basel) haben gezeigt, daß der faschistische Knüttel außerhalb der italienischen Lust nicht recht Wurzel schlagen will. Uns will es scheinen, als ob die Studenten ihrem Lande besser dienen, wenn sie ins Ausland gingen, um sich zu belehren. Wissen ist auf die Dauer eine größere Macht als Knüttel und Rizinusöl.

Während die Presse Ordre bekommen hat, in Sachen der Deutschenhege milde Saiten aufzuziehen, geht das Giftgebräue da weiter, wo es eigentlich unheilvoller ist, nämlich in der Volksschule. In einer römischen Gemeindeschule ist den zehnjährigen Schülern ein Diktat folgenden Inhalts zugemutet worden:

Bedeutung der Rede Mussolini in der Kammer.
Deutschland hat Italien beleidigt und beschimpft, durch Schmähartikel und Karikaturen



Ein schlechter Verbündeter.

Der französische Deputierte Justin Godard ist mit dem Projekt aufgetreten, die Einwanderung von Fremden nach Frankreich zu verbieten.

in deutschen Zeitungen; es hat die Italiener verleumdet, indem es behauptete, daß die in unseren Grenzen eingeschlossenen Bewohner Südtirols in jeder Weise verfolgt würden; es hat Italien beschuldigt, den betreffenden Bewohnern ihre Nationalität nehmen zu wollen und hat versucht, sich zu rächen, indem es den Deutschen verbot, italienische Waren zu kaufen und Reisen nach Italien zu machen; außerdem hat Deutschland dunkle Drohungen geschleudert und hat gezeigt, daß es die Verschiebung der Brennergrenzen verlangt.

Durch den Mund seines Duce hat Italien dargetan, wie groß sein Edelmut gegenüber dem besiegten Deutschland gewesen ist; es hat dargetan, wie groß sein Interesse für Oesterreich gewesen ist, dem es in der Hungersnot geholfen hat und durch den Verzicht auf die Italien geschuldeten Summen und hat mit leuchtender Klarheit gezeigt, daß das Werk der Regierung im Ober-Östgebiet nur das der reinen und einfachen Italianisierung ist; d. h. der gleichen Behandlung aller vor dem Gesetz; es hat der deutschen Presse geantwortet, daß, wenn Deutschland die italienischen Waren boykottiert, Italien sofort den deutschen Waren ein gleiches tun werde; es hat schließlich verkündet, daß die italienische Trifolore, wenn sie vom Brenner entfernt werden sollte, weiter vorwärts getragen werden würde und niemals zurück.

Es liegt uns fern, diesen Erguß kommentieren zu wollen. Es sei nur daran erinnert, daß das, was von italienischer Seite geschehen ist, um Oesterreichs Not zu mildern — und was sicher zu den Ruhmeszeiten Italiens gehört —, von den verachteten, mit jedem Atemzuge desavonierten demokratischen Regierungen ausging!

Aus dem Reiche.

Zgierz. Deutsche Vorträge. Morgen setzt im hiesigen evangelischen Gemeindehause um 8 Uhr abends Herr Lehrer Artur Reich seinen Vortrag aus der Geschichte der deutschen Literatur fort. Herr Lehrer Reich hat in seinem letzten Vortrage über Anfänge der deutschen Literatur bewiesen, daß er auf diesem Gebiete weitgehende und tiefe Kenntnisse besitzt. Es läßt schon auf eine phänomenale Systematik schließen, wenn man dermaßen das Wertvolle in solch gebiegender Form, ohne Stoffüberhäufung herbeizuführen, darbringt. Die Diktion war fließend leicht und sachlich. Bei der schönen wohlklingenden Sprache des Redners hat der Abend dem Kenner sowie Dilettanten einen Genuß von nachhaltigster Wirkung.

Pabianice. Stadtratssitzung. Dieser Tage fand hier eine außergewöhnliche Stadtratssitzung statt. Beratungsgegenstand war: Stellungnahme zu dem Wojewodschaftsbeschuß über das abgeänderte und reduzierte Etat der Kommunalbeamten. Vor Eröffnung der Diskussion wurde vom Sekretär des Stadtrats ein Schreiben verlesen, worin die Kommunalbeamten gegen den Wojewodschaftsbeschuß Stellung nahmen. Die Rechte, die stets heuchelt, die Interessen der Werktätigen zu vertreten, fehlte gänzlich; auch die Unabhängige Sozialistische Partei nahm keinen klaren Standpunkt ein, wie gewöhnlich unsachliche Opposition treibend. Am liebsten hätte der Redner der Unabhängigen Sozialisten für den Wojewodschaftsbeschuß gesprochen, wenn er nicht die Angestellten gefährdet hätte. Um aber doch sein Mütchen am Magistrat zu kühlen, machte er andere Ausflüchte, u. a. machte er, der Unabhängige Sozialist, der P. P. S. Vorwürfe, daß sie einen deutschen Werktätigen als Schöffen wählten, um einen Polen und echten Sozialisten, also einen Unabhängigen abzustutzen. In dieser Angelegenheit ergriff Stv. Kittel (D. S. A. P.) das Wort. Stv. Kittel hob hervor, daß Stv. Symczyk wiederholt die D. S. A. P. attackiert. Stv. Symczyk ist entrüstet, daß ein Deutscher als Schöffe gewählt wurde, wozu er doch aber seine Stimme nicht gab. Allem Anschein nach geht es der Unabhängigen Sozialistischen Partei nicht um die Verwirklichung der gepredigten Ideale, sondern um materielle Ziele, andernfalls würde die genannte Partei sich nicht soviel Mühe gegeben haben, ihren Parteigenossen, Hanemann, als Schöffen zu bekommen, welcher auch kein so sehr echter Pole, sondern Jude ist. Wunderlich ist es, solche Worte aus dem Munde eines Unabhängigen Sozialisten zu hören. Herr Symczyk als „echter“ Sozialist müßte wissen, daß die Minderheiten mit gleichen Pflichten auch gleiche Rechte zu fordern haben. Einen besseren Dienst würde S. seiner Partei erweisen, wenn er solche

Hieronymus und Thaddäus.

(Briefe zweier Freunde.)

Lodz, den 21. Febr. 26.

Lieber Hieronymus!

Ich war freudig überrascht, als ich nach solch langer Zeit von Dir wieder einmal ein Lebenszeichen erhielt, denn ich glaubte schon, Du seiest in die ewigen Jagdgründe Deiner Väter eingezogen. Aus dem, was Du die Lebenswürdigkeit hattest, mir mitzuteilen, erkannte ich meinen lieben alten Freund Hieronymus wieder. Auch ich hoffe, daß ich mich nicht verändert habe, trotz mannigfacher Schicksalsschläge, von denen ja keiner von uns verschont geblieben ist.

Die Zeiten sind schwer und das Leben nicht so einfach. Und doch darf man nicht alles so fraglich nehmen, vor allem nicht verzweifeln. Eine Dosis gekundten Humors hilft über die schwerste Stunde hinweg. Und an Humor und vielleicht auch an etwas Spottlust hat es uns nie gefehlt, so daß die Hoffnung besteht, daß wir nicht nur uns, sondern auch denjenigen, denen vielleicht diese Seilen zu Gesicht kommen, eine Stunde der wahren Erquickung bereiten werden.

Doch entschuldige, teurer Freund, daß ich so umständlich ausgeholt habe und um ein Haar ins Philosophieren geraten wäre.

Von Deinen Mitteilungen hat mich die von der Gründung einer neuen Zeitung am meisten interessiert. Die Kunde, daß ein paar ehemalige Redakteure und Redakteurinnen einen Dummen mit Geld, mit recht viel Geld suchten, um mit einer neuen Tageszeitung, der „Lodzzer Zeitung“, vor die Öffentlichkeit zu treten, war mir nicht neu. Die

Abonnements-einladungen auf die „Lodzzer Zeitung“ waren ja schon seit Monaten bei Erdmann zu haben und Du konntest aus ihnen erfahren, daß es die „Lodzzer Zeitung“ ist, Du weißt, die aus der alten guten Zeit, die nach solch langem Schlaf zu neuem Leben erweckt werden sollte.

Dies ist vielleicht auch für Dich nichts Neues mehr. Doch weißt Du, wer der Prinz sein sollte, der Prinz, der dem Dornröschen einen herzigen Kuß gab, daß sie zu neuem Leben erwachte? Siehst Du, das weißt Du nicht, denn zum Kuß kam es gar nicht, denn die Prinzen stritten heftig untereinander, wer der Ehre teilhaftig werden sollte, bis der lachende Dritte in der Person des Herrn Tiegel kam, um mit den „Neuesten Nachrichten“ nicht nur die Deutschen von Lodz zu beglücken, sondern auch Amerika, Afrika, Asien und den Südpol. Die Beglückung des Nordpols mit seinem deutsch-polnischen Erguß blieb ihm leider noch vorbehalten.

Der gute Mann nimmt ja wohl den Mund ein bißchen voll, doch hoffe ich, daß es ihm bei seinen Aspirationen sogar gelingen wird, Leser auf dem Monde zu werden.

Nun, und die gelackmeierten Prinzen und Ritter von der Federkiele, fragst Du? Denen ging es leider so, wie denen in der Geschichte mit dem Bärenfell. Sie hatten bereits untereinander die Ressorts verteilt. Die Politik sollte sogar ein gewesener Parlamentarier übernehmen. Und nun haben die Herren das Nachsehen. Sie sind gezwungen, einen anderen Brotwerb zu suchen. Die schönen Posten, denn um die ging es doch eigentlich, sind futsch.

Zum Schluß möchte ich Dir nur noch mitteilen, wie es möglich geworden ist, daß die „Neuesten Nachrichten“ der „Lodzzer Zeitung“ das Schnippchen schlagen konnten. Die Sache verhielt sich nämlich so: Die gelackmeierten Ritter der Feder gelten in

Lodz nicht gerade als die kreditfähigsten Firmen. Zur Hebung ihrer Reputation mußten sie wenigstens einen einzigen Namen haben, wenn auch von einem etwas verblaßten Klang. Dieser Name war Peterfilge, der als Herausgeber der alten „Lodzzer Zeitung“ zeichnete. Doch Herr Peterfilge sagte: „Schmul, bezuhl! Wollt ihr meinen Namen für euer Aushängeschild, dann gibt Pinke, Pinke.“

Doch die Redakteure in spe sind wie die Kirchenmäuse. Und so mußten sie auf den schönen Namen Peterfilge verzichten.

Es ist eigentlich schade, daß diese Herren keinen Dummen gefunden haben, denn sie hätten sich ausgezeichnet in ihrer neuen Redakteurwürde gemacht. Nicht wahr?

Herr Tiegel, der sich rechtzeitig von seinen Freunden getrennt hat, hatte mehr Glück, denn er hat den Mann gefunden, den er braucht, ich meine den Dummen.

Nun ja, die Dummen werden nicht alle, auch nicht in Lodz. ...

Nun will ich aber schließen und hoffe, bald wieder etwas von Dir zu hören.

Es grüßt Dich

Dein Thaddäus.

Wir sind betrübt, wenn wir einen Beutel mit Geld verloren haben, einen guten Gedanken jedoch, der uns gekommen ist oder den wir gehört oder gelesen haben — einen Gedanken, der, wohl gemerkt und im Leben angewendet, vielleicht viel Gutes gestiftet hätte — lassen wir ohne Bedauern fahren und bedenken nicht, daß seinen Verlust vielleicht Millionen nicht aufwiegen.

Leo Tolstoi.

Großer Bibelforscherprozeß in Deutschland.

Gegen den Führer der deutschen Bibelforscherbewegung fand in Magdeburg eine Gerichtsverhandlung statt, worüber die Magdeburger „Volksstimme“ vom 7. Februar 1926 unter dem Titel „Religionskrieg im Justizpalast“ folgendes schreibt:

Im Jahre 1916 wurde der amerikanische Richter Rutherford, Präsident der Vereinigung Ernster Bibelforscher, von einem amerikanischen Gericht wegen seiner Stellungnahme gegen den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg und wegen seiner Tätigkeit in Wort und Schrift gegen den Völkermord zu achtzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Erst nach Beendigung des Krieges wurde dem tapferen Manne die Strafe erlassen. Die Organisation der ersten Bibelforscher hat aber seitdem einen erheblichen Umfang angenommen. Nicht nur etwa in Amerika, sondern in allen Ländern der Welt befinden sich Filialen dieser Vereinigung, um deren Ideen sich Tausende und aber Tausende scharen. Die Bundesleitung der ersten Bibelforscher für Deutschland ist in Magdeburg.

Uns interessieren hier weniger die Ideengänge der ersten Bibelforscher. Nur eins sei deutlich zum Ausdruck gebracht: ihre Stellung gegen die Dogmen der Kirchen. „Die ihr gläubig und Anhänger einer Kirchengemeinschaft seid, seid auf dem Posten. Das Spiel, das mit euch von seiten der Bischöfe, Pastoren, Kapläne, Geistlichen und Kardinäle getrieben wird, beruht nicht immer auf Ueberzeugung, sondern sieht mitunter recht deutlich nach politischem Geschäft aus!“, heißt es in den Schriften.

Einen Einblick in den Ideengang der ersten Bibelforscher gab uns eine Gerichtsverhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht in Magdeburg, in der der Führer der deutschen Bibelforscher, Paul Balzeret, wegen Beleidigung angeklagt war. Der Angeklagte hatte Anfang des vergangenen Jahres in vielen Orten, auch in Magdeburg, eine Flugschrift mit dem Titel

„Anlage gegen die Geistlichkeit“

verbreiten lassen. Den Inhalt dieser Flugschrift faßten die evangelischen Pastoren des Konsistoriums in Stettin als Beleidigung auf, erstatteten gegen Balzeret Strafantrag und verlangten von der Staatsanwaltschaft in Magdeburg, daß sie sich der Sache annehmen möge. Die Magdeburger Staatsanwaltschaft tat den pommerischen Pastoren auch den Gefallen und zitierte den „lekerischen“ Bibelforscher Balzeret auf die Anklagebank. Den Vorsitz in der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Diehe. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Rasmus. Die Verteidigung hatten die beiden Rechtsanwälte Storz (Ulm) und Dr. Brand (Herford) übernommen.

Zunächst wurde in der Verhandlung das Flugblatt verlesen, das vom Angeklagten als verantwortlich unterzeichnet und mit dessen Willen in allen Städten und Dörfern Deutschlands verteilt wurde. Man muß sich sagen, eine deutliche Sprache wird in dieser Flugschrift gesprochen, so deutlich sogar, daß wir durchaus verstehen können, daß den pommerischen Geistlichen das unangenehm gewesen sein mag. Die Bibelforscher wollen „wahrhaftes Christentum“ und wenden sich mit Grauen und Entsetzen ab von dem Pfaffenstum, das jetzt berufen ist, die Lehre Christi dem Volke zu predigen. Mit diesem Pfaffenstum rechnet Richter Rutherford, dessen Geisteskapital die Flugschrift bildet, gründlich ab. Er stützt

sich dabei vor allem auf amerikanische Verhältnisse, die Rutherford sehr genau kennt. Es ist kein Wunder, wenn der Ton, den er anschlägt, dem strenggläubigen Dogmaanhänger wie die „Trompeten des Jüngsten Gerichts“ erklingt. Was behauptet Rutherford in der Schrift? Er behauptet, die Geistlichkeit sei von Satan verführt worden. Er spricht von treulosen Predigern, von Profitmachern und rücksichtslosen Politikern. Er bezeichnet die Geistlichkeit als Satans Knechte und beschuldigt sie, aus den Kirchen Refrutenkasernen gemacht zu haben. Sie hätten den Völkermord verherrlicht und hätten Tausende und aber Tausende junger Männer in die Schützengräben gepredigt, um dann für ihre Tätigkeit auch noch „Sündenlohn“ einzustreichen. Er wirft ihnen Verschwendung und Prahlucht vor und macht sie mitverantwortlich für das Elend, das jetzt in der Welt herrscht und das abermals Tausende und Hunderttausende von Mitmenschen zur Verzweiflung treibt.

Die pommerischen Geistlichen glaubten, sie seien damit gemeint und stellten Strafantrag, auch weil sie mit der Möglichkeit rechnen mußten, daß ihnen durch solche Agitation ein Teil ihrer Anhänger wegläufen könnte. Sie übersehen in ihrem Eifer aber völlig, daß der Inhalt des Flugblattes eine Entschleierung bedeutet, die auf einer Versammlung der Bibelforscher in Columbus (Amerika) gefaßt wurde, obwohl diese Tatsache gleich zu Beginn des Flugblattes, sogar in Sperrdruck, verzeichnet war.

Die pommerischen Pastoren waren trotzdem beleidigt und fanden auch in dem Magdeburger

Oberstaatsanwalt Rasmus

nicht nur einen gottesfürchtigen Mann, sondern auch einen vorzüglichen Verteidiger evangelischer „Belange“. Der Herr Oberstaatsanwalt war in seiner Anklagerede sehr empört darüber, daß es Menschen wagen, der Kirche und ihren Vertretern auch nur ein unschönes Wort zu sagen. Obwohl der Herr Oberstaatsanwalt gleich zu Beginn seiner Rede betonte, daß es ihm widerstrebe, die „unerhörten und schamlosen Beschimpfungen der Geistlichkeit“ zu wiederholen, zitierte er doch Satz für Satz aus dem Flugblatt, um damit den Schöpfen klarzumachen, mit was für einem „gefährlichen Burschen“ sie es zu tun haben. Hinter jedem recht kräftigen Ausdruck setzte der Herr Oberstaatsanwalt im Versammlungsstil die Worte: „Man höre!“, tat sehr entrüstet und empört und bezeichnete es als eine „Gemeinheit“, daß man es wagt, den deutschen Geistlichen, die in „patriotischer Weise“ die Jugend zur Vaterlandstreue erzogen und ihr die Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung klargelegt haben, vorzuwerfen, daß sie die Jugend in den Schützengräben gepredigt habe. Er betonte weiter, daß er sich nicht damit begnügen könne, wie es einige Zeitungen getan haben, „solch Nachwerk“ niedriger zu hängen, sondern, daß das Gericht berufen ist, den Verbreiter eines solchen „Nachwerks“ zu bestrafen. Der Staatsanwalt schloß mit dem Satze: „Wo nimmt der Mann die Stirn her, gegen Wissenschaft und Geistlichkeit in solcher Form vorzugehen?“ Er beantragt dann eine Geldstrafe von fünfhundert Mark und Veröffentlichung des Urteils in der „Magdeburgischen Zeitung“ und in der „Volksstimme“.

Rechtsanwalt Storz (Ulm) führte in seiner längeren Verteidigungsrede aus, daß der Angeklagte nicht die

Absicht gehabt hätte, die deutsche noch die pommerische Geistlichkeit zu beleidigen, sondern daß er lediglich den Vortrag des Richters Rutherford, der sich nur auf amerikanische Verhältnisse bezog, verbreitet habe. Er sagte dann weiter: Es wäre besser gewesen, die Staatsanwaltschaft hätte sich in diese Religionsstreitigkeit nicht hineingemischt und dem Konsistorium in Stettin Marge macht, daß ihre Auffassung über das Flugblatt eine falsche sei. Im übrigen, das betonte der Verteidiger in äußerst temperamentvoller Art, sei das Konsistorium durchaus auf falschem Wege, wenn es glaube, mit Hilfe des Staatsanwaltes den religiösen Gegner hindern und damit für sich Vorteile erringen zu können. Wenn das Konsistorium in Stettin der Auffassung war, daß die in dem Flugblatt geschilderten Dinge auf die evangelischen Geistlichen Pommerns nicht zuträfen, dann wäre es wahrlich besser gewesen, es hätte erklärt: „Das trifft uns nicht, also, niedriger hängen!“ So hätte es auch Friedrich der Große getan. Große Männer geben auf solche Dinge nichts, aber kleine

rufen nach dem Staatsanwalt.

Der Verteidiger schildert dann die Ursache der Gründung der ersten Bibelforscher und deren Stellung zu den übrigen Kirchengemeinschaften. Wenn die Bibelforscher den heutigen Geistlichen der Kirchengemeinschaften nicht wohlgesinnt sind und diese Auffassung auch zum Ausdruck bringen, so sei das ihr gutes Recht, Religionsmeinungsverschiedenheiten hat es stets gegeben. Die Gegner im Religionsstreit standen sich von jeher scharf gegenüber, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß Papst Leo 13. den Protestantismus einmal eine verabscheuungswürdige Pest genannt habe. Weiter betont der Verteidiger, daß die Volksmassen sich immer mehr und mehr von der Geistlichkeit abwenden, weil sie erkannt haben, daß zwischen den Worten und den Taten auch der evangelischen Kirche ein unüberbrückbarer Widerspruch herrscht. Das Volk versteht es nun einmal nicht, daß man von den Kanzeln herab „Lieber eure Feinde!“ predigt und im nächsten Atemzug auffordert, dem Feinde, dem Franzosen, das Bajonett in die Rippen zu rammen. Zum Schluß betont der Verteidiger, daß der Angeklagte freizusprechen sei, da es nicht in seiner Absicht gelegen hätte, die deutsche, insbesondere die pommerische Geistlichkeit zu beleidigen.

In ähnlichem Sinne sprach der zweite Vertreter des Angeklagten, der in seinem Plädoyer aber mehr die juristische Seite hervorhob. Oberstaatsanwalt Rasmus betont zum Schluß, daß durch die Verbreitung des Flugblattes, das auch urteilslosen Leuten in die Hand gegeben wurde, den Kirchenanhängern indirekt gesagt worden ist, daß es in der Kirche aus, also heraus aus der Kirchengemeinschaft. Das ist der Zweck dieses Flugblattes gewesen. In der Form dieser Kirchenaustrittsagitation liegt eben eine Beleidigung weiterer Kreise der Geistlichkeit.

Nach kurzer Beratung kommt das Gericht zu einem freisprechenden Urteil, da es nicht für erwiesen erachtete, daß der Angeklagte in subjektiver sowie objektiver Hinsicht bei der Verbreitung des Flugblattes gewußt habe, daß er dadurch weite Kreise der Geistlichkeit hätte beleidigen können. Nach Schluß der Verhandlung wurde der Angeklagte von einer großen Menschenmenge vor dem Justizpalast begrüßt und beglückwünscht. 1471



Lodzger Deutscher Schul- und Bildungsverein.

Operetten-Abend.

Heute, Sonntag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Männer-Gesangvereins, Petrikauerstr. 243:

„Liebe im Schnee“

Letzte Wiederholung

Operette in 3 Akten von A. Benachy und Willi Prager. Musik von Ralph Benachy.

Mitwirkende: Deutsches Opern- und Operetten-Ensemble sowie gemischter Chor, dramatische Sektion und das große Streichorchester des Vereins.

Künstlerische Leitung: Kapellmeister und Komponist Josef Stabernak. 1462

Billetvorverkauf in der Drogerie des Herrn Dietel, Petrikauerstraße Nr. 157, zum Preise von 1 bis 5 Mark, und am Tage der Aufführung von 5 Uhr ab am Eingang in den Saal.

Auf Raten

Bernard Wilczner, Petrikauer 14
empfehlen: 1449
Herren-Anzüge, Gabardine-Paletots
fertige und nach Maß, in bester Ausführung,
Beder-Toppen.
Annehmbare Preise. Günstige Bedingungen.

Hebamme Frau Salzwasser

Trauguttstraße 5,
erste Etage rechts
empfangt täglich.
Unbemittelte unentgeltlich
zwischen 9—11. 1396

Dr. med. 1434

Roschaner

Haut-Geschl.-u. Harnleiden
Zielastr. 9.
Behandlung mit künstlicher
Sonnenhitze.
Empfangt 8—9^{1/2} u. 3—7.
Tel. 28-98.

Sie kaufen vorteilhaft ein:

Verschiedene Winterwaren sowie

Wollwaren in allen Sorten,
Stamine gemustert und glatt,
Femdenzephyre in jeder Preislage,
Wollwaren für Kleider, Kostüme und Mäntel,
Grep de mine in allen Farben, Satins glatt u. gemustert,
Tücher, Handtücher, Plüsch- und Waschdecken
empfehlen
Emil Kahlert, Lodz, Olawska 41, Tel. 18-37.
Bei bedeutenderem Einkauf Rabatt. 1358

Preiswerter Einkauf!

Handspiegel 1354
Stellspiegel Wandspiegel
Trumeaus
Nideltabelle
Spiegel und geschliffene Kristallscheiben für Möbel und
Bauzwecke offeriert in bekannter Güte zu mäßigen Preisen

OSKAR KAHLERT

Glaschleiferei, Spiegelbelegerei, Metallrahmenfabrik und Vernid-
lungsanstalt, Lodz, Wólczanska-Strasse 109.
Engros- und Detailverkauf! * * * Streng reelle Bedienung!